



Antrag

der Fraktion der CDU

Bericht über das Kinder- und Jugendtelefon sowie über das Elterntelefon

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der Juni-Sitzung des Landtages einen Bericht vorzulegen über das Kinder- und Jugendtelefon sowie über das Elterntelefon.

Der Bericht soll insbesondere folgende Fragestellungen einbeziehen:

- Zahl der Kinder- und Jugendtelefone bundesweit und in Schleswig-Holstein, wo sind diese in Schleswig-Holstein und bei welchen Trägern;
- Zahl der jährlichen Anrufe sowie der konkreten Beratungen in Schleswig-Holstein und bundesweit, aufgeteilt nach Kreisen und kreisfreien Städten;
- Zahl der hauptamtlichen Beschäftigten sowie der ehrenamtlich Tätigen bundes- und landesweit;
- Art und Umfang der Ausbildung der ehrenamtlich Tätigen, Finanzierung der Ausbildung und wer diese durchführt;
- Kosten und Finanzierung der Kinder- und Jugendtelefone;
- Eigenanteil der Träger, Anteil der Kreise und kreisfreien Städte sowie der Anteil der Spenden in den vergangenen Jahren;
- Schwerpunkte der Beratungsthemen / Beratungsprobleme;
- Inanspruchnahme der Kinder- und Jugendtelefone durch Mädchen und Jungen, aufgegliedert nach Altersgruppen;
- ob die Landesregierung den Ausbau dieser Einrichtungen für erforderlich hält; Welche Pläne und Konzepte die Landesregierung hat und wie die Kosten künftig getragen werden sollen;

- die Finanzierung in anderen Bundesländern.

Der Bericht zum Themenbereich "Elterntelefon" soll insbesondere auf folgende Fragestellungen eingehen:

- Wie die Landesregierung die abgeschlossene bundesweite Erprobungsphase der Elterntelefone bewertet;
- wie hoch aus Sicht der Landesregierung der Bedarf und der Umfang ist und wo in Schleswig-Holstein die Einrichtung der Elterntelefone erfolgen soll;
- wie die Ausbildung der Berater finanziert wird, wer ausbildet sowie die erwartete Zahl der künftig ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen;
- die Finanzierung der Elterntelefone, Anteil der Spenden, Eigenanteile der Träger, Kreise und kreisfreien Städte;
- welche Beratungsthemen aufgrund der Erprobungsphase im wesentlichen erwartet werden;
- die Finanzierung in anderen Bundesländern.

**Torsten Geerds
und Fraktion**